



**GRÜNE
FRAKTION**
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE - BAHNHOFSTR. 15 A - 44623 HERNE

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda

Rathaus Herne

Fraktionsgeschäftsstelle

Bahnhofstr. 15 A
44623 Herne

Tel: +49 (2323) 951 000 3

fraktion@gruene-herne.de
www.gruene-herne.de

Herne, 04.06.2024

ÄNDERUNG DER VERGNÜGENSSTEUERSATZUNG

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE FRAKTION bittet Sie, diesen Antrag in die Tagesordnungen der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien am 20.06.2024, sowie des Rates der Stadt Herne am 25.06.2024 aufzunehmen.

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien empfiehlt,

Der Rat der Stadt Herne beschließt,

die Verwaltung wird beauftragt, eine moderate Erhöhung der Spielhallensteuer zu prüfen - sowohl bezogen auf den Spielumsatz als auch die Pauschalen pro Gerät.

BEGRÜNDUNG:

Unsere Stadt ist derzeit von einer hohen Dichte von Spielhallen und Glücksspieleinrichtungen geprägt. Diese hohe Spielhallendichte birgt gesundheitliche, soziale und ökonomische Risiken für die Menschen in Herne. Durch eine Erhöhung der Vergnügungssteuersatzung in dem Bereich können wir eine Lenkungswirkung erzielen, indem wir den Betrieb solcher Einrichtungen weniger attraktiv machen und gleichzeitig die Einnahmen zur Unterstützung von Präventionsmaßnahmen und Hilfsangeboten für Spielsucht verwenden.

Darüber hinaus ist in den letzten Jahren der Personalbedarf bei der Schuldenberatung in Herne deutlich gestiegen. Die steigende Verschuldung vieler Menschen erfordert eine verstärkte Unterstützung und Beratung durch die kommunalen Behörden. Eine Erhöhung der Vergnügungssteuersatzung für Spielhallen würde zusätzliche Einnahmen generieren, die beispielsweise dazu genutzt werden können, die Schuldenberatung zu stärken und sicherzustellen, dass allen, die mit finanziellen Problemen zu kämpfen haben, wieder ausreichend Hilfe angeboten werden kann.

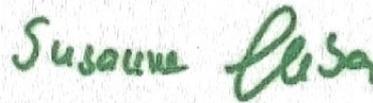
Die Stadt Essen hat ihren Vergnügungssteuersatz auf 25% erhöht. Das verstärkt die Lenkungswirkung und schafft nebenbei finanzielle Spielräume, um öffentliche Dienstleistungen zu unterstützen. Eine Angleichung an die Nachbarstadt Essen in Bezug auf die Vergnügungssteuer sollte daher angestrebt werden. Das Vorbild Essen zeigt, dass bei der Höhe der Steuer noch nicht von einer erdrosselnden Wirkung auszugehen ist.

In Anbetracht dieser Gründe sieht die Grüne Fraktion die vorgeschlagene Maßnahme als notwendig an, um trotz der prekären Finanzausstattung der Stadt weiterhin eine auskömmliche Finanzierung zu gewährleisten, den öffentlichen Dienst zu stärken und die Lebensqualität für alle Menschen zu verbessern.

Für die Grüne Fraktion



Pascal Krüger
Stadtverordneter



Susanne Gleba
Sachkundige Bürgerin